

Newsletter

Forum Eine Welt NRW

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW, 40213 Düsseldorf
Ausgabe 2/2011



Editorial

Die Landesregierung will sich eine **neue Eine-Welt-Strategie** geben. Gemeint ist damit ein politischer Orientierungsrahmen für alle politischen Aktivitäten, mit denen das Land Einfluss auf die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nimmt und seine Beziehungen zu diesen Gesellschaften gestaltet. Die Diskussion darüber soll in einem offenen Prozess stattfinden, der eine breite Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit ermöglichen soll. Zehn Themenbereiche stehen zur Diskussion. Zielsetzung und Verfahren beschreibt unten die zuständige **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren**. Eine große Resonanz ist dem Vorhaben zu wünschen. Denn der Anspruch ist hoch und für die Umsetzung braucht es viele Akteure in Politik und Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die kohärent zusammenspielen müssen.

Ein weiterer Schwerpunkt dieses newsletters ist die **kommunale Entwicklungszusammenarbeit**. Sie ist zu einem wichtigen Standbein der Eine-Welt-Politik sowohl hinsichtlich der Inlands- (Kampagnen, Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit) als auch der Auslandsarbeit (Projekte und Partnerschaften) geworden. Dortmund hat – wie das nachstehende **Gespräch mit Oberbürgermeister Ullrich Sierau** zeigt - schon viel erreicht. Aber es gibt auch noch entwicklungspolitische weiße Flecken in der Welt der Kommunen, und viel bleibt noch zu tun.

Reinhard Hermle

Im Dialog über die Eine Welt Von Dr. Angelica Schwall-Düren

Nirgendwo sonst in Deutschland sind mehr Organisationen und Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit zu Hause als in Nordrhein-Westfalen. Nirgendwo sonst ist das bürgerschaftliche Engagement für die Eine Welt so breit und so vielfältig: Mehr als 3000 entwicklungspolitisch engagierte Vereine und Initiativen, zahlreiche Hilfswerke, Nichtregierungsorganisationen und staatliche Institutionen sind hier aktiv. Alleine in Bonn haben inzwischen 19 Einrichtungen der Vereinten Nationen und 150 Nichtregierungsorganisationen ihren Sitz. Kein Wunder, dass die Eine-Welt-Politik in NRW eine ganz besondere Aufmerksamkeit genießt.



Dr. Angelica Schwall-Düren,
Ministerin für Bundesangelegenheiten,
Europa und Medien (Foto: www.nrw.de)

Seit 1993 definiert die Landesregierung die Zielsetzung für diesen Teil der Landespolitik durch vereinbarte Leitlinien, wodurch sowohl das Engagement als auch

die Förderpraxis des Landes in der Eine-Welt-Politik transparenter und nachvollziehbarer werden soll. Zuletzt wurden die Entwicklungspolitischen Leitlinien unter der schwarz-gelben Regierung 2007 überarbeitet. SPD und Grüne haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, diese Leitlinien zu erneuern und dies „in einem offenen und partnerschaftlichen Dialog mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und anderen Verbänden“ zu tun.

Hierzu habe ich am 20. Juni die Internetseite www.einewelt.nrw.de freigeschaltet, die als Plattform für die Konsultation mit der Öffentlichkeit dient. Bis zum 10. September können hier alle Interessierten ihren Beitrag zur Diskussion leisten.

Damit betreten wir Neuland und vollziehen den fälligen Wandel, der angesichts moderner Kommunikationstechnik und –kultur ansteht. In der Wirtschaft und bei den meisten NGOs gehört *open-source*, Interaktivität und *crowd-sourcing* heute ebenso zur täglichen Praxis wie zum üblichen Sprachgebrauch! Angesichts der Vielzahl von engagierten Akteuren in unserem Land wäre es sträflich, auf das vorhandene Expertenwissen nicht zurück zu greifen und als Landesregierung im stillen Kämmerlein eine neue Strategie zu entwickeln. Wir wollen Betroffene zu Beteiligten machen, der Dialog und die Interaktion mit den Akteuren und den Interessierten ist deshalb zentraler Baustein unseres Politikansatzes.

Einen ersten Impuls für die Konsultation haben zahlreiche Experten im Rahmen der Auftaktveranstaltung in der Staatskanzlei am 25. Mai 2011 in Düsseldorf geliefert. Dabei wurde bereits intensiv über die zukünftigen Handlungsfelder und die wichtigsten Thesen für die neue Eine-Welt-Strategie diskutiert. Die von den Experten identifizierten Themenfelder wurden auch für die Gliederung der Kon-

sultation aufgegriffen. Zu zehn Bereichen können Expertinnen und Experten, Laien und Aktivistinnen, Bürgerinnen und Bürger sich äußern: Bildung, Energie und Umwelt, Fairer Handel, Gesundheit, Hochschule und Wissenschaft, Kultur / Kommunikation / Medien, Partnerschaften, Wirtschaft, Migration und Entwicklung sowie Friedens- und Konfliktbewältigung.

Das Thema stößt auf Interesse, auch wenn es nicht um eine neue Bahntrasse geht, und die Beteiligung nimmt Fahrt auf: seit dem Anfang der Diskussion auf www.einewelt.nrw.de am 20. Juni haben knapp 6.500 Besucher die Internetseite aufgerufen, 125 haben sich als Mitglieder registriert und 44 Beiträge wurden eingestellt. (Stand 13. Juli).

Nach dem Ende der Online-Konsultation am 10. September werden die Beiträge ausgewertet und ein Bericht der Landesregierung erstellt. Parallel werde ich auf einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen die online-Konsultation durch Diskussionsveranstaltungen vor Ort begleiten, damit der Austausch nicht rein virtuell bleibt, sondern auch der direkte Austausch möglich ist. Ein erster Termin fand am 4. Juli in Gelsenkirchen statt. Weitere Termine werden voraussichtlich am 8. September in Dortmund, am 11. September in Bonn, am 12. September in Bielefeld und am 15. September in Düsseldorf folgen. Details werden auf der Internetseite www.einewelt.nrw.de bekannt gegeben. Die Ergebnisse der Konsultation möchte ich auch im zuständigen Ausschuss Europa und eine Welt des Landtages vorstellen, denn die Konsultation soll nicht die Beratung mit den demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerschaft im Parlament ersetzen. Sie ist vielmehr ein Zusatz. Bis Ende des Jahres will die Landesregierung die neue Strategie dann beschließen.

Davor kommt auf uns die spannende Aufgabe zu, aus dem bunten Strauss der Beiträge ein kohärentes und nachvollziehbares Konzept für die zukünftige Eine-Welt-Strategie des Landes zu entwickeln. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Interessen und Vorstellungen der Teilnehmer durchaus unterschiedlich sind.

Der offene und partnerschaftliche Dialog ist der Weg und nicht das Ziel, der Regierung wird die Kärnerarbeit also nicht abgenommen. Die Grundlage ihrer Entscheidung ist aber breiter, sie kann sich dabei auf eine Vielzahl von Experten und Erfahrungen stützen und hoffentlich möglichst viele Anliegen berücksichtigen.

Wir stehen am Anfang einer anregenden Debatte, eines spannenden Prozesses – die Verbindung von online- und offline-Diskussion ist auch für mich eine neue Erfahrung. Alle, denen es ähnlich geht, möchte ich hiermit eine herzliche Einladung zur Beteiligung online aussprechen und ich freue mich, wenn wir uns auch offline bei einer der geplanten Veranstaltungen austauschen können.
www.einewelt.nrw.de

**„Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit wird komplexer, professioneller und relevanter“
Gespräch mit Ullrich Sierau, Oberbürgermeister von Dortmund**

Was begeistert und motiviert Dich persönlich am Thema Eine Welt?

Mir gefällt das menschliche Prinzip der Solidarität, das hinter dem Fairen Handel und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit steckt. Es geht nicht um Almosen oder Geschenke, sondern um gerechte Löhne und um Handel(n) auf Augenhöhe.

Es erfüllt mich mit Stolz in einer Stadt zu leben und zu arbeiten, in der die Bürger schon seit Jahrzehnten in konkreten Projekten und Aktionen Eine Welt-Arbeit betreiben. Das Informationszentrum 3. Welt feiert in diesem Jahr seinen 40. Geburtstag und ist damit das zweitälteste entwicklungspolitische Bildungszentrum der Bundesrepublik. Wir unterstützen zum Beispiel den Weltladen Dortmund-Aplerbeck in seiner Arbeit bei einem Wasserprojekt in Kenia. Als ich nach der ersten Projektphase die Bilder von den Wassertonnen an Schulen und Kirchen in der Region Bondo u.a. mit dem Dortmund-Logo gesehen habe, hat mich dies sehr gefreut und motiviert.

Der Blick über den Tellerrand schärft die Sinne für die wirklich wichtigen Probleme in dieser Welt. Ich beobachte bisweilen, dass sich bei uns Menschen über vergleichsweise kleine Probleme ärgern oder ungeduldig sind. Mit dem Blick auf die existenziellen Nöte der Menschen in den Entwicklungsländern wird immer wieder deutlich, auf welchem hohem Niveau sich bei uns Unzufriedenheit eigentlich abspielt.



**Ullrich Sierau,
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund**

Die kommunale Entwicklungspolitik will die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern verbessern. Was hat nun die nordrhein-westfälische Kommune mit den Menschen in Subsahara-Afrika zu tun?

Zunächst mal leben zahlreiche Menschen aus Entwicklungsländern in unserer Stadt und in unserer Region als Mitbürger. Sie erzählen uns von ihren Lebensbedingungen, sie lassen uns teilhaben an ihrer Kultur und bereichern unsere Gesellschaft. Ganz konkret gibt es in diesem Jahr zum Beispiel wieder das 2. Afro-Festival mit verschiedenen Veranstaltungen. Aber es gibt natürlich in der globalisierten Welt auch zahlreiche wirtschaftliche Verflechtungen. So hat der Nachhaltigkeitsrat im April noch auf eine Studie von Südwind („Ghana: vom bitteren Kakao zur süßen Schokolade“, März 2011) hingewiesen, bei der auf schwere Missstände bei Kakao-Bauern in Ghana aufmerksam gemacht wurde. Viele fristen ihr Leben unterhalb der Armutsgrenze und häufig müssen sogar Kinder auf den Plantagen mitarbeiten.

Unlängst lief ein Film von Frank Poulsen („Blood in the mobile“) auf arte, der die Kette von einer großen Coltan-Mine im Kongo bis hin zu einem Hersteller von Mobiltelefonen in Finnland darlegte. Wir haben es also ständig mit Produkten und Rohstoffen aus Entwicklungsländern zu tun, auch wenn uns dies im Einzelfall nicht immer bewusst ist. Unser Ziel muss es sein, diesen Menschen einen gerechten Lohn für ihre harte Arbeit zu geben und dafür zu sorgen, dass sie unter menschenwürdigen Bedingungen leben und arbeiten können. Denn sonst zeigen uns die Flüchtlingsboote vor Lampedusa und die Piratenboote vor Somalia, dass uns die Folgen unseres Handelns bald einholen werden.

„Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik“ sagte schon Heidemarie Wieczorek-Zeul

auf dem Agenda-Kongress im Dortmunder Depot. Sie verwies darauf, dass es „sinnvoller, menschlicher und auch wirtschaftlich günstiger ist, für Vorbeugung und damit für Entwicklungspolitik mehr Geld zur Verfügung zu stellen, als im Konfliktfall für militärische Einsätze und anschließend für Schadensbeseitigung erheblich stärker zur Kasse gebeten zu werden.“ Die Wirkungszusammenhänge und Verflechtungen der Globalisierung sind nicht nur uns bekannt – auch die Universitäten in Indien, Bangladesh, Thailand und Kenia kennen die Profiteure und die Verlierer des Welthandels. Wir werden uns auf unbequemen Fragen einstellen müssen.

Dortmund war u.a. zweimal Hauptstadt des Fairen Handels, ist nun Fairtrade Town und richtet die Fairhandels-Messe aus. Warum ist der Faire Handel für Dich so wichtig?

Der Faire Handel ist aus meiner Sicht ein wunderbares Instrument, weil er so einfach und so konkret ist. Es ist angewandte „Hilfe durch Handel(n)“. Es ist eine Abstimmung mit dem Einkaufswagen – die tägliche Konsumententscheidung eines jeden Verbrauchers ist wichtig. Dabei geht es jetzt gar nicht darum, dass wir alle sofort nur noch bio, faire und regionale Produkte kaufen. Aber es wäre schon viel gewonnen, wenn sich jeder Verbraucher und jede Verbraucherin hin und wieder ein Fairtrade-Produkt gönnt. Der „Genuss- und der Suchtfaktor“ sind so hoch, dass es danach eh kein zurück mehr gibt.

Aber im Ernst: wir haben zur Einführung des Fairtrade Kaffees im Rathaus eine Verkostung mit Vertreter/innen aus Rat und Verwaltung gemacht. Und der erste Kaffee, der bei der Verkostung aussortiert wurde, war der alte, herkömmliche Kaffee. Den wollte danach keiner mehr haben.

Wir haben uns in Dortmund mit dem Aktionsbündnis das Motto gesetzt, den Fairen Handel „Aus der Nische in die Mitte der Gesellschaft“ zu führen. Das Ziel war u.a. die Etablierung von fair gehandelten Produkten im konventionellen Einzelhandel. Dies ist uns – wie man am Erfolg der fairen Messe sieht - in Teilen schon ganz gut gelungen. Oder um, es mit Victor Hugo zu sagen: „Nichts ist so mächtig, wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“

Welche anderen Handlungsfelder und Möglichkeiten in wie außerhalb der Kommune hat eine Kommune, um entwicklungspolitische Themen voranzutreiben und zu gestalten?

Zunächst einmal können wir als Kommune selber aktiv werden und zwar bei unserer **Beschaffung**. Wir stellen Schritt für Schritt unsere kommunale Beschaffung auf nachhaltige Kriterien um, das heißt wir kaufen bio-faire Berufsbekleidung für unsere Mitarbeiter im Betriebsrestaurant, wir spielen auf den Stadtschulmeisterschaften mit fairen Bällen und kaufen faire Blumen für städtische Jubiläen. Aber wir stoßen auch immer wieder an unsere Grenzen. Wir haben eine Arbeitsgruppe zur „Green IT“, da geht es neben Energieeffizienz auch um Themen wie Recycelfähigkeit, Produktionsbedingungen und Einhaltung der Kernarbeitsnormen. Hier gibt es aber noch keine Siegel oder Zertifikate, auf die wir uns in unseren Ausschreibungen berufen können.

Ein wichtiger Baustein ist für uns aber auch die Förderung und Unterstützung der **ehrenamtlich Aktiven**. Ich habe in meinem Amt für Angelegenheiten des Rates und des Oberbürgermeisters einen eigenen Geschäftsbereich mit einem Netz von Büros und Agenturen eingerichtet, die dieser Aufgaben nachgeben.

Wir arbeiten auch sehr erfolgreich in **Netzwerken**. So hat das Netzwerk „Faire

Kulturhauptstadt Ruhr.2010“ alle 54 Städte und Gemeinden (Metropole Ruhr plus Heiligenhaus mit Gastrecht) und die vier betroffenen Landkreise der Kulturhauptstadtkampagne dafür gewinnen können, die sogenannte „Magna Charta“ gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu unterschreiben. Das ist ein starkes Signal – aber es ist auch nur der erste Schritt. Nun möchten wir gemeinsam mit unserem Netzwerk Faire Metropole Ruhr erreichen, dass alle Unterzeichner der Magna Charta nun auch Fairtrade Town werden.

Wichtig ist mir auch der **interkommunale Austausch**. So hatten wir anlässlich des Bundesligaspiels Dortmund – Köln in der REWE-Familienlounge des Signal-Iduna-Parks die Gelegenheit, mit dem Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters das Thema Fairer Handel quasi zwischen Rheinland und Westfalen strategisch zu verankern.

Dortmund hat entwicklungspolitisch schon viel erreicht. Gibt es auch Widerstände und Hindernisse?

Ja, natürlich. Wir betreten gemeinsam mit unseren Partnern in den Netzwerken und den Fachbereichen in vielen Fällen Neuland. Es gibt zwar viele Hilfen, aber bisher kaum belastbare **Erfahrungen** bei der öko-fairen Beschaffung. So erleben wir, dass die Wirtschaft auf die neuen Anforderungen reagiert. Mit immer neuen **Labels, Siegeln und Auszeichnungen** wird bei den Ausschreibungen oder zum Beispiel bei der Bewerbung für die faire Messe „FA!R2011“ auf die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards hingewiesen. In vielen Fällen sind die Label auch berechtigt, aber es gibt eben auch leider immer wieder die schwarzen Schafe, die „greenwashing“ betreiben und unter denselben menschenunwürdigen Bedingungen weiterproduzieren lassen.

Ein anderes Problem sind die **technischen Anforderungen** zum Beispiel hinsichtlich Brand- und Schnittschutz bei der Berufsbekleidung. Es gibt bisher kaum Produzenten für bio-faire Schutzkleidung für Feuerwehrleute oder Gärtner, die diesen speziellen Anforderungen gerecht werden können. Auch reichen die derzeitigen Anbauflächen für zertifizierte Baumwolle in keiner Weise aus, wenn erstmal mehrere größere Auftragnehmer in entsprechenden Mengen bestellen würden. Der Markt muss also noch wachsen.

Was könnten Anforderungen an die Landespolitik sein, um kommunale Entwicklungshilfe zu stärken?

Eine große Hilfe ist die Wiedereinführung der Mittel zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Hierum wurden wir in der Vergangenheit von vielen Bundesländern zu Recht beneidet. Es kommt nicht von ungefähr, dass in NRW die meisten entwicklungspolitischen Akteure ihren Sitz haben und so viel bürgerschaftliches Engagement für Eine Welt Themen vorzufinden ist.

Ich finde, dass das Land immer dann eine gute Rolle einnimmt, wenn es ihm gelingt, die zahlreichen Aktivitäten der Akteure zu **koordinieren und motivierend und initierend zu unterstützen**. Dies gelingt zum Beispiel in bewährter Weise durch die Aktivitäten der Stiftung für Umwelt und Entwicklung oder das Eine Welt Netz NRW mit ihren lokalen und fachlichen Promotoren. Die vorige Landesregierung hat hier herbe Einschnitte durchgeführt – hier gilt es nun, Bewährtes neu zu sammeln, zu konsolidieren und neu auszurichten.

Das Land ist aus meiner Sicht – genau wie die Kommunen – in seiner Rolle als Impulsgeber und Vorbild gefordert. **Tariftreue, Klimagerechtigkeit und nachhaltige Beschaffung** sind nur einige Schlag-

worte, die es künftig mit Leben zu füllen gilt. Der Landschaftsverband Rheinland sowie die katholische und evangelische Kirche haben hier mit ihrem Projekt „Zukunft einkaufen“ gute Vorarbeit geleistet. Diese Erfahrungen gilt es nun in die Fläche zu bringen.

Schließlich möchte ich auf die Bedeutung von regionalen Netzwerken hinweisen. Dem Netzwerk „Faire Kulturhauptstadt Ruhr 2010“ bestehend aus Nichtregierungsorganisationen und Kommunen ist es in vorbildlicher Weise gelungen, eine ganze Region für die Unterzeichnung der sogenannten „Magna Charta gegen ausbeuterische Kinderarbeit“ zu gewinnen. Die 54 Städte und Gemeinden der Kulturhauptstadtkampagne (Metropole Ruhr plus Heiligenhaus mit Gastrecht) sowie die vier betroffenen Landkreise werden in ihrer Beschaffung künftig auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit verzichten. Ein Signal, das landesweit auch im Rheinland Nachahmer verdient.

Inwiefern haben Migranten eine Rolle in der kommunalen Entwicklungspolitik in Dortmund

Mit **Veye Tatah** haben wir in Dortmund eine sehr engagierte Persönlichkeit, die in vielfältiger Weise aktiv ist und die das Bild der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in unserer Stadt entscheidend mitprägt. Der Trägerin des Bundesverdienstordens gelingt es seit Jahren, als ehrenamtliche Chefredakteurin der Zeitschrift „Africa Positive“ eine Brücke zum – wie sie sagen würde – „bunten Kontinent“ zu schlagen. Sie ist ausgebildete Informatikerin an der TU Dortmund und ist zudem noch als Geschäftsführerin eines „Catering-Unternehmens“ tätig. Von der Qualität ihre kulinarischen Köstlichkeiten konnten wir uns zum Beispiel auf der ersten fairen Messe im Depot in der Immermannstraße überzeugen. Für ihr Projekt „Afro-Lern-und-

Integrationsmobil“ hat Frau Tatah im Jahr 2009 das Agenda-Siegel der Stadt Dortmund verliehen bekommen. Es gehört zu unserer Anerkennungskultur, dass wir die Leistungen der ehrenamtlich Aktiven in dieser Stadt würdigen. Vor diesem Hintergrund bin ich auf die Ergebnisse des diesjährigen Preises der Freiwilligen Agentur gespannt, die das Thema „Freiwilliges Engagement-Migration-Integration“ in den Focus stellt und besondere Projekte fördern und auszeichnen wird.

Ein weiteres Beispiel ist **Yusufu Kyeyune**, der als erfolgreicher Softwareentwickler in Dortmund seinen Lebensunterhalt bestreitet und nun eine Initiative für mehr Bildung in Uganda gestartet hat. Er setzt sich aktiv für den Aufbau einer weiterführenden Schule in der Nähe von Kampala ein und wird hierbei u.a. von der **Auslandsgesellschaft** unterstützt. Am Beispiel der Auslandsgesellschaft NRW lässt sich auch sehr gut die Verzahnung von Engagement und Initiative mit professionellen Strukturen dokumentieren. So hat es im letzten Jahr mit dem „Deutsch-Afrikanischen Wirtschaftsforum“ einen Startpunkt gegeben, bei dem insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen in den Blickpunkt gerückt wurden.

Für mich ist die Vielfalt in unserer Stadt eine Chance und eine zukunftssträchtige Situation. Wir möchten die kreativen Kapazitäten und das kulturelle Kapital dieser Menschen nutzen, um gemeinsam eine Kultur der Toleranz und des Voneinander-Lernens zu etablieren. Dortmund ist eine von Zuwanderung geprägte, internationale und interkulturelle Stadt. Rund 170.000 Dortmunderinnen und Dortmunder haben heute eine Zuwanderungsgeschichte. Mehr als die Hälfte von ihnen ist bereits eingebürgert. Vor diesem Hintergrund hat es mich besonders gefreut, dass Nuri Sahin noch vor seinem Wechsel zu Real Madrid die deut-

sche Staatsbürgerschaft angenommen hat. Dies sehe ich als wichtiges Signal für den Integrationsprozess in unserer Stadt.

Ist kommunale Entwicklungspolitik ein Thema, evtl. auch im Wahlkampf, das die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger findet?

Man darf die kommunale Entwicklungspolitik nicht als singuläres Ereignis sehen. Sie ist untrennbar verknüpft mit Migrations- und Integrationsthemen, sie hängt zusammen mit dem gesamten Themenkomplex des ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements sowie der Debatte um eine nachhaltige Entwicklung. Dies sind Themen mit einer hohen Relevanz, die eine Vielzahl von Bürgern brennend interessieren und auf die fundierte und ehrliche Antworten erwartet werden. In Dortmund hat sich ein Aktionsbündnis zum Fairen Handel mit über 80 verschiedenen Vereinen, Verbänden, Institutionen, etabliert. Dort sind Schulen, Blumenhändler, Weltläden, Borussia Dortmund, der Einzelhandelsverband genauso vertreten wie terre des hommes, der Hausfrauenbund und die Verbraucherzentrale. Man kann sagen, dass das Thema breit aufgestellt und gesellschaftlich verankert ist. Die Bürger merken insbesondere in Wahlkämpfen sehr schnell, wenn Themen nicht gelebt, sondern nur dahergeredet werden. Nachhaltigkeit war lange sehr beliebt, weil sie so beliebig schien. Spätestens seit Fukushima weiß man nun, dass die Wahrheit eine Tochter der Zeit ist.

Welche Perspektiven siehst Du für die kommunale Entwicklungspolitik?

Ich sehe drei Perspektiven bei der KEZ, sie wird: komplexer, professioneller und relevanter:

Die komplexen juristischen und wirtschaftlichen Fragestellungen sowie der größer werdende Problemdruck in den Entwicklungsländern zwingt die KEZ zu

schnellen Erfolgen. Gleichzeitig sorgen leere Kassen sowie divergierende Interessen der Zielgruppen für schwindende Handlungsspielräume.

Ich beobachte einen zunehmenden Trend zur Professionalisierung beim ehrenamtlichen Engagement. Dies bezieht sich nicht nur auf die durchgeführten Aktionen und Projekte selbst, sondern auch auf die strategische Ausrichtung und die Auswahl und Bildung von Bündnissen. Es etablieren sich Allianzen zwischen Partnern, wie zum Beispiel Gewerkschaften (Tariftreue) und Nichtregierungsorganisationen (Kinderarbeit) und Kirchen (Bewahrung der Schöpfung), die bisher eher für sich alleine gekämpft haben.

Es beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass wir Verantwortung für die Folgen unseres Handelns haben. Auch wenn diese Folgen geographisch zunächst nicht bei uns auftreten. Die Zeiten in denen wir Lohndumping, Klimafolgen und Müll in die Entwicklungsländer exportieren konnten, sind vorbei. Die Menschen fordern - berechtigterweise - ein gerechteres Weltwirtschaftssystem, politische Teilhabe und eine Perspektive für die Zukunft. Und wir sind gut beraten den Volkswirtschaften bei ihrem Aufbau mit Entwicklungshelfern, Ingenieuren und Händlern zu helfen.

Die Fragen stellte Marc Stefaniak

Kommunale Nord-Süd-Arbeit Von Ladislav Ceki, Geschäftsführer des Eine Welt Forum Düsseldorf

Die Entwicklungszusammenarbeit ist politische Aufgabe der Bundesregierung. Aber schon lange nicht alleine nur Aufgabe des Bundes. Dass sie auch auf die Ebene der Kommunen gehört, belegen die wiederholten Beschlüsse der Ministerprä-

sidenten der Bundesländer, der Innenminister-Konferenzen sowie positive Stellungnahmen des deutschen Städtetages, die es seit Ende der 80er Jahre gibt. Aus diesen Beschlüssen geht klar und juristisch einwandfrei hervor, dass jedes Bundesland und jede Kommune sich an der Entwicklungszusammenarbeit beteiligen kann (nicht beteiligen muss), ohne rechtliche Probleme zu bekommen. Die Praxis ist unterschiedlich intensiv, sowohl bei den Bundesländern als auch in den Kommunen. Häufig ist – selbst bei Akteuren – diese längst festgelegte freiwillige Möglichkeit ohne rechtliche Konsequenzen schlicht unbekannt (siehe zum Beispiel diverse Anträge der FDP-Landtagsfraktion zum Haushalt 2011 in NRW) oder sie wird (ideologisch) ignoriert. Entscheidend für die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit sind der Wille und die Kooperation der Akteure.



Ladislav Ceki
Geschäftsführer und Koordinator für entwicklungspolitische Bildungsarbeit Düsseldorf/Kreis Mettmann

Mit der Agenda 21, die 1992 bei der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro beschlossen und auf der Konferenz in Johannesburg (Rio plus 10) im Jahr 2002 bekräftigt wurde, werden die Kommunen von der internationalen Staatengemeinschaft als wichtige Akteure anerkannt und aufgefordert, verstärkt auch ihre globale Verantwortung zu sehen und anzunehmen. Eine zentrale Rolle dabei spielen dabei die Bekämpfung der

weltweiten Armut sowie die Eindämmung und Bewältigung des Klimawandels. Seit 1992 haben sich zahlreiche Kommunen weltweit mit entsprechenden Beschlüssen entschieden, in diesen Feldern tätig zu werden. Dem Engagement sind keine Grenzen gesetzt. Man muss es nur wollen und nach Möglichkeiten zur Umsetzung der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit suchen. Dazu zählt die Zusammenarbeit der Eine Welt-Akteure mit Politik, Verwaltung, Kirchen, Schulen, Kultur, Wirtschaft und Medien. Sehr hilfreich ist es, wenn vor Ort ein gut funktionierendes Eine-Welt-Netzwerk existiert. Falls ein solches nicht besteht, empfiehlt sich die Gründung, um als Ansprechpartner in der Stadt wahrgenommen zu werden und um gemeinsame Vorhaben zu suchen, zu beschließen und umzusetzen!

Als Beispiele für Aktionsmöglichkeiten seien genannt:

1. Eine Welt Tage

Darstellung der lokalen Eine-Welt-Initiativen und ihrer Projekte (Vorträge, Dia-Shows, Filme, Kulturkooperationen in und mit Schulen, Kirchen, städtischen Einrichtungen, Kulturhäusern). Diskussion aktueller Themen im Eine-Welt-Bereich.

2. Fairer Handel

Stadt-Kaffee, Fair produzierte Blumen, PC-Anschaffungen, faire Baumwolle/Textilbeschaffung – auch mit/in der Stadt mit den Parteien, Verwaltung, Kirchen, Schulen, Kulturhäusern etc. Kooperationen dazu, zum Beispiel auch mit Kindergärten, Jugendeinrichtungen. Wahrnehmen von diversen Terminen (zum Beispiel Muttertag, Valentinstag, Bücherbummel, Straßenfeste, Schützenfeste, Parteitage, 1. Mai, Gemeindefeste; Ausschank in Kulturhäusern/Gastronomie/Hotels etc.

3. Städtepartnerschaften

Brücken schaffen zwischen Kommunen; dabei sind alle Kombinationsmöglichkeiten bestens geeignet: Fairer Handel, Projektförderung, Kulturaustausch, Wirtschaftskooperation – auch mit städtischen Tochterunternehmen; Klimaprojekte, Austausch von Schulen, Kirchengemeinden – dazu gemeinsame Projekte mit öffentlichen Veranstaltungen und vieles mehr.

Fair ist mehr

Von Gerd Deihle, Vorsitzender des Eine Welt Netz NRW und Mitglied des Forum Eine Welt der NRWSPD

Die öffentliche Hand vergibt jährlich Aufträge im Wert von 360 Milliarden Euro. Etwa die Hälfte entfällt auf die Kommunen. Wenn wir vom Fairen Handel sprechen, fällt uns Kaffee, Tee oder Schokolade ein. Es geht jedoch um viel mehr. Die Kommunen beschaffen Dienstkleidung für die Feuerwehr, Ordnungsdienste oder Gartenämter, sie kaufen Tropenholz für Brücken, Steine für Plätze, Treppenanlagen oder Fassadenverkleidung. Viele Produkte kommen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, sie werden leider viel zu oft unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit und Missachtung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation hergestellt.



Gerd Deihle

Vor rund 10 Jahren haben Kommunen, meist auf Initiative zivilgesellschaftlicher

Gruppen oder Agenda 21-Foren Ratsbeschlüsse gefasst, die als Ausgangspunkt das Verbot und die Bekämpfung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit zum Ziel hatten (ILO-Konvention 182). Die Verwaltungen wurden beauftragt in ihre Ausschreibungen entsprechende Kriterien aufzunehmen. Nachdem Deutschland eine EU Richtlinie im Vergaberecht umgesetzt hat, besteht eine deutlich größere Rechtssicherheit bei der produktbezogenen Aufnahme sozialer Kriterien in die Ausschreibungen.

Einige Bundesländer, wie z.B. Bremen, Berlin und Hamburg, haben ihre Vergabeordnung im Sinne des Fairen Beschaffungswesens geändert. Auch bei der Landesregierung NRW steht das Thema auf der Agenda. NRW will soziale Kriterien in seine Ausschreibungen aufnehmen und den Fairen Handel fördern.

Zahlreiche Initiativen gibt es zum Fairen Handel, die auch zum Mitmachen einladen: Seit 2003 fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit das Projekt Hauptstadt des Fairen Handels. Der Preis ist mit 100.000 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre vergeben. Seit 2009 können auch deutsche Kommunen, wie in 20 weiteren Ländern, den Titel Fairtrade-Town erwerben. Im letzten Jahr haben sich die 53 Kommunen im Ruhrgebiet, die bei der Kulturhauptstadt Europas mitwirkten, für eine Faire Beschaffung und gegen ausbeuterische Kinderarbeit ausgesprochen.

In diesem Jahr gibt es wieder die bundesweite Faire Woche vom 16. bis zum 30. September unter dem Motto „Fair ist mehr!“. In den Dortmunder Westfalenhallen findet vom 8.-10. September die FA!R2011 statt. Die Messe für Fairen Handel; ein Besuch lohnt sich.

Zwischenruf

Von Markus Töns MdL, Sprecher für Europa- und Eine-Welt-Politik der SPD-Fraktion im NRW-Landtag

Die Eine-Welt-Arbeit ist seit dem Regierungswechsel wieder in den Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei zurückgekehrt. Die Landtagsfraktion hat diesen administrativen Umbau begrüßt, zeigt er doch, dass die Landesregierung der Einen-Welt-Arbeit wieder einen hohen Stellenwert einräumt.



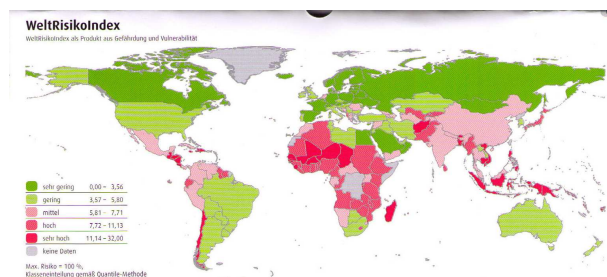
Markus Töns MdL
Sprecher für Europa- und Eine-Welt-Politik der SPD-Fraktion im NRW-Landtag

Nordrhein-Westfalen ist traditionell – wie es neudeutsch so schön heißt – im Bereich der Einen-Welt-Arbeit „gut aufgestellt“. Das Modell der Eine-Welt-Koordinatoren in den Kommunen konnte, trotz angespannter Haushaltslage und der Schwierigkeiten, die es bei der Verabschiedung des Haushalts 2011 gab, dennoch gesichert werden. Nun kommt es darauf an, die Eine-Welt-Politik in NRW neu zu justieren. Dabei sollen in den bewährten Strukturen Veränderungsbedarfe ermittelt werden. Der breit angelegte Konsultationsprozess zur Erarbeitung der neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien, der im Moment durch die Landesregierung in einer online-gestützten Debatte erfolgt, wird von der Landtagsfraktion intensiv begleitet. Bis zum Herbst wird diese Konsultation beendet sein.

Die Schwerpunkte bilden dabei der Ausbau der bereits bestehenden Partnerschaften mit Mpumalanga und Ghana, sowie die Intensivierung der Bildungsarbeit. Auch im Bereich Beschaffungswesen sind weitere Initiativen nötig. So wird die Verabschiedung der entwicklungspolitischen Leitlinien den Schwerpunkt der Arbeit der Landtagsfraktion im nächsten halben Jahr bilden.

Weltrisiko-Bericht 2011

Mitte Juni veröffentlichten die Universität der Vereinten Nationen in Bonn und das NRO-Bündnis „Entwicklung hilft“ den Weltrisiko-Index. Er setzt sich zusammen aus vier Faktoren: Neben der objektiven Gefährdung (z.B. durch Erdbeben, Überschwemmungen, Dürren etc.) werden die Anfälligkeit für Schäden, die Kapazitäten zur Bewältigung und die Anpassungsfähigkeit berücksichtigt. Die letzten drei Faktoren werden unter dem Begriff Vulnerabilität zusammengefasst. Der Südsee-Inselstaat Vanatu steht an oberster Stelle der Risikoliste, weil es vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht ist und kaum Möglichkeiten hat, die Gefahren abzuwenden. Deutschland nimmt Platz 150 ein. Mit Rang 173 schneidet Qatar am Perisischen Golf am besten ab.



Quelle: Weltrisikobericht 2011,
www.weltrisikobericht.de

NRW-Bündnis gegen Kinderarbeit weltweit

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Kinderarbeit am 12. Juni wandte sich in ein breites Bündnis aus Politik, Kirchen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Arbeitgebern in einer gemeinsamen Erklärung „gegen schlimmste Formen von Kinderarbeit“. Die Unterzeichner, zu denen auch NRW-Sozialminister Guntram Schneider (SPD) zählt, rufen dazu auf, nur solche Produkte zu beziehen und zu verwenden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit entstanden sind sowie solche Lieferanten zu bevorzugen, die entsprechende Selbstverpflichtungen eingegangen sind. Den Familien der betroffenen Kinder müssten wirtschaftliche Alternativen im Sinn fairer Produktions- und Handelsbedingungen geboten werden.

Auch wenn die Erklärung allgemein gehalten ist, stellt sich doch einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Durchsetzung eines Beschaffungswesen dar, das sich an sozialen und ökologischen Kriterien orientiert.

Bundesregierung verabschiedet Afrika-Konzept

Am 15. Juni hat das Bundeskabinett das erste gemeinsame Afrika Konzept der Bundesregierung verabschiedet. Darin werden die Grundlinien der künftigen deutschen Afrikapolitik zusammengefasst. Die Bundesregierung will gegenüber den 54 afrikanischen Staaten eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“ verwirklichen, die gemeinsame Antworten Deutschlands und Afrikas auf globale, regionale und nationale Herausforderungen findet.

Das Konzept formuliert sechs Schlüsselbereiche der gemeinsamen Werte und Interessen: Frieden und Sicherheit, gute Regierungsführung, Wirtschaft, Klima und Umwelt, Energie und Rohstoffe sowie Entwicklung, Bildung und Forschung. Die Bundesregierung will in ihrer Afrikapolitik einheitlicher agieren. Ziel ist eine größere

Kohärenz der politischen Handlungsfelder der Außen- und Sicherheitspolitik, Agrar-, Handels-, Umwelt-, Bildungs-Forschungs- und Entwicklungspolitik.

Kritiker halten das Konzept für solide, aber wenig innovativ. VENRO, der Dachverband der entwicklungspolitischen NRO findet, dass nicht die Überwindung von Armut und Hunger im Vordergrund stünden, sondern deutsche Wirtschaftsinteressen. Dies betont auch Christoph Strässer, der menschenrechtspolitische Sprecher und Vorsitzender des Gesprächskreises Afrika der SPD-Bundestagsfraktion. „Das Bekenntnis zum Freihandel und die Öffnung der afrikanischen Märkte für deutsche Unternehmen führen nicht zwangsläufig zu mehr Wohlstand beim Großteil der afrikanischen Bevölkerung. Die hohen Wachstumsraten der nationalen Ökonomien verstellen den Blick auf die realen Entwicklungen in vielen Teilen des Kontinents“, so Strässer.

Zum Dokument:

[http://www.eed.de/fix/files/doc/AA_Afrika-Konzept Freigabe 3 3 .2.pdf](http://www.eed.de/fix/files/doc/AA_Afrika-Konzept_Freigabe_3_3_2.pdf)

Neues Gutachten zu Klima und Entwicklung

Am 15. April 2011 überreichte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sein neues Hauptgutachten „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ an Bundesforschungsministerin Annette Schavan und Bundesumweltminister Norbert Röttgen. Der WBGU begründet in diesem Bericht die dringende Notwendigkeit einer post-fossilnuklearen Wirtschaftsweise, zeigt zugleich die Machbarkeit der Wende zur Nachhaltigkeit auf und präsentiert zehn konkrete Maßnahmenbündel zur Beschleunigung des erforderlichen Umbaus. Nur mit einem neuen zwischen Regierungen und Bürgern ausgehandelten gemein-

samen Verständnis von klimaverträglicher Wertschöpfung und nachhaltiger Entwicklung lässt sich die globale Krise der Moderne überwinden.

Zum Gutachten:

http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011_ZfE.pdf

Kommunales entwicklungspolitisches Netzwerk in Köln

In Köln hat sich am 5. Mai 2011 das kommunale Netzwerk „Eine-Welt Stadt Köln“ gegründet. Es soll das vielfältige entwicklungspolitische Engagement in der Domstadt bündeln und stärken. Auf Einladung von Oberbürgermeister Jürgen Roters kamen rund 450 Gäste aus Bürgerschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zur Auftaktveranstaltung, darunter auch zahlreiche Prominente, die sich als Botschafter für das neue Bündnis stark machen. Initiiert wurde das Netzwerk von dem auf dessen Initiative Bereits in 2007/08 hatte der Rat der Stadt Köln auf Initiative des entwicklungspolitischen NRO-Bündnisses „KölnGlobal“ die Unterstützung der UN-Millenniumentwicklungsziele auf die kommunale Agenda gesetzt. KölnGlobal regte nun an, einen kommunalen Entwicklungsfond mit einem Volumen von etwa einer Million Euro einzurichten, um Projekte zu fördern und das Netzwerk mit Leben zu füllen.

Mehr unter:

www.stadt-koeln.de/1/presseservice/mitteilungen/2011/05743/

Aktionsleitfaden für die „Faire Woche“

Der Aktionsleitfaden für die diesjährige „Faire Woche“, die vom 16. bis zum 30. September 2011 stattfindet, liegt vor. Er enthält Informationen zum Aktionsmotto „Fair ist mehr!“, eine Beschreibung der Materialien, Aktionsvorschläge, Tipps zur Planung von Veranstaltungen mit Produzentenvertreter/Innen, eine Auflistung von weiteren Aktionen und Kampagnen im Zeitraum der „Fairen Woche“ sowie Hinweise auf weitere hilfreiche Literatur und Interseiten.

www.fairewoche.de/mitmachen

Impressum Newsletter

**Dieser Newsletter erscheint regelmäßig im PDF-Format und wird herausgegeben von der NRWSPD, Kavalleriestr. 16, 40213Düsseldorf.
Redaktion: Reinhard Hermle, Marc Stefaniak,
Katja Kleegräfe**

Bei Interesse an einer Aufnahme in der Verteiler des Forums Eine Welt NRW bitte Mail an:

info@nrwspd.de